



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

**Schluss mit der respektlosen Abwertung von Arbeitnehmern:
Keine Arbeitszeitverlängerung, keine Karenztage, kein Abbau der Teilzeitrechte!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass

- eine Politik, die wirtschaftliche Probleme einseitig den Beschäftigten anlastet fundamental den Grundsätzen einer sozialen Marktwirtschaft widerspricht und daher abzulehnen ist,
- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keine bloßen Kosten sind, die optimiert werden müssen, sondern die Leistungsträger, die hart arbeiten und den Wohlstand in unserem Land sichern.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert,

- die Forderung nach pauschal längeren Arbeitszeiten zurückzuweisen und anzuerkennen, dass Vollzeitbeschäftigte in Bayern bereits heute durchschnittlich 41,4 Wochenstunden arbeiten – das Problem sind nicht zu kurze Arbeitszeiten, sondern insbesondere das rückläufige Arbeitsplatzangebot.
- die Einführung von Karenztagen respektive die Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall kategorisch abzulehnen, da diese zentralen sozialen Schutzrechte die Beschäftigten nur dazu zwingen würden, krank zur Arbeit zu gehen – mit höheren Unfallrisiken, mehr Ansteckungen und langfristig steigenden Kosten für Betriebe und Sozialversicherungen.
- sich dafür einzusetzen, dass die telefonische Krankschreibung beibehalten wird, da sie sich bewährt hat und Praxen entlastet, statt Beschäftigte wieder mit neuer Bürokratie zu belasten.
- das Recht auf Teilzeit zu verteidigen und die diffamierende Debatte über „Lifestyle-Teilzeit“ zu beenden – stattdessen den massiven Ausbau der Ganztagsbetreuung voranzutreiben, damit die vielen Menschen, die unfreiwillig in Teilzeit sind, ihre Arbeitszeit aufstocken können.
- sich gegen eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters und gegen den Abbau der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren einzusetzen, da viele Beschäftigte das gesetzliche Rentenalter schon heute nicht gesund erreichen.
- statt auf Arbeitszeitverlängerung und sozialen Druck zu setzen, massiv in Bildung, Qualifizierung und öffentliche Infrastruktur zu investieren sowie durch ein wirksames Konjunkturprogramm die fehlenden Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft anzureizen – denn das eigentliche Problem ist nicht mangelnde Arbeitsmotivation, sondern dass sich einerseits die Zahl offener Stellen seit 2022 von zwei Millionen auf eine

Million halbiert hat, während die Zahl der Arbeitslosen im gleichen Zeitraum von 2,4 auf drei Millionen gestiegen ist.

Begründung:

Ministerpräsident Dr. Markus Söder fordert, die Menschen müssten „eine Stunde mehr arbeiten“ pro Woche – das sei „wirklich nicht zu viel verlangt“. Er will Karenztage einführen, bei denen die Lohnfortzahlung erst ab dem zweiten oder dritten Krankheitstag greift. Er fordert die Abschaffung der telefonischen Krankschreibung und stellt die „Rente mit 63“ infrage. Gleichzeitig unterstützt seine Partei Forderungen der Mittelstandsunion, das Recht auf Teilzeit als „Lifestyle“ einzuschränken. Diese Agenda geht komplett an den ökonomischen Realitäten vorbei und macht Beschäftigte zum Sündenbock für strukturelle Probleme.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder behauptet, Deutschland arbeite zu wenig. Die Realität sieht anders aus: Vollzeitbeschäftigte kommen im Schnitt auf 41,4 Wochenstunden. Das eigentliche Problem ist nicht „zu wenig Arbeit“, sondern zu wenig Arbeitsplatzangebot: In den letzten fünf Jahren sind ca. 600 000 Arbeitsplätze verloren gegangen, die Arbeitslosigkeit ist von 2,4 auf drei Millionen gestiegen. Die Zahl offener Stellen hat sich von zwei Millionen auf eine Million halbiert. Bei dieser Ausgangslage ist es aktuell individuell schlicht nicht möglich, dass jeder einen Arbeitsplatz findet.

Ministerpräsident Dr. Markus Söders Forderung nach Karenztagen ist gesundheits- und wirtschaftspolitisch kontraproduktiv. Die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall ist ein zentrales soziales Schutzrecht. Ihre Einschränkung würde dazu führen, dass vor allem Menschen mit kleinen Einkommen krank zur Arbeit gehen – mit höheren Unfallrisiken, mehr Ansteckungen und langfristig steigenden Kosten. Klassische Erkältungen machen zudem nur ein Fünftel aller Krankheitstage aus. Der Großteil geht auf schwerwiegendere Erkrankungen zurück und diese sind mit Karenztagen nicht zu bekämpfen. Wer den Krankenstand wirklich senken will, muss über bessere Arbeitsbedingungen, weniger Personalnot und mehr Prävention sprechen – nicht über Sanktionen.

Die Diffamierung von Teilzeitarbeit als „Lifestyle“ ist respektlos und wirtschaftlich unsinnig. Viele Menschen arbeiten unfreiwillig in Teilzeit, weil Betreuungsangebote fehlen – allein in Bayern fehlen zehntausende Kita-Plätze. Wenn Vollzeit mit der Lebensrealität nicht vereinbar ist und Teilzeit nicht mehr möglich ist, drohen Menschen ganz aus dem Arbeitsmarkt zu fallen. Der umfassende Ausbau der Ganztagsbetreuung würde der Wirtschaft deutlich mehr Fachkräfte bringen als erzwungene Arbeitszeitverlängerungen – zumal längere Arbeitszeiten nicht zwangsläufig zu einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität führen, aber stattdessen die Anfälligkeit, krank zu werden, signifikant erhöhen.

Schließlich würden Ministerpräsident Dr. Markus Söders Forderungen die Krise verschärfen, statt sie zu lösen. Das Problem ist nicht mangelnde Arbeitszeit, sondern mangelnde Nachfrage. Wer durch Karenztage, Teilzeiteinschränkungen und Renten Kürzungen faktisch Löhne und Sozialleistungen senkt, senkt auch die Kaufkraft. Die Folge: noch weniger Nachfrage, noch weniger Unternehmensgewinne, noch weniger Investitionen, noch mehr Arbeitsplatzabbau. In einer Marktwirtschaft ist Verzicht kein Umsatzbringer, sondern ein Umsatzvernichter. Die Beschäftigten in Bayern arbeiten hart und halten den Laden am Laufen. Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, die einfache makroökonomische Zusammenhänge versteht, setzt auf gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne, soziale Sicherheit und öffentliche Investitionen – nicht auf einseitiges Arbeitnehmer-Bashing.